

Haushaltsrede der Wittener Bürger Gemeinschaft (WBG) 2024 von Siegmund Brömmelsiek

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

eigentlich könnte ich die Haushaltsrede aus dem letzten Jahr erneut präsentieren. Es würde nicht auffallen, denn an Wittens Haushaltssituation hat sich leider nichts geändert. Im Gegenteil, sie verschlimmert sich immer weiter.

Als Nachkriegskind, also in einer Zeit als das Geld mehr als war knapp war, sagten meine Eltern beim Blick in Vaters Lohntüte: „**Wir müssen mit unserem Geld haushalten**“. Heißt, wir können nur mit dem Geld arbeiten, das wir zur Verfügung haben.

Ich habe mich leider nicht immer an diesen Satz gehalten und dadurch viel Lehrgeld bezahlt.

Für uns als Wittener Bürgervertreter sieht es nicht anders aus. Wir haben uns nicht an diesen klugen Satz gehalten und zahlen dafür heute eine Menge Lehrgeld.

Leider haben viele von uns das immer noch nicht verstanden.

Wir sind in eine Situation hineingeschliddert, aus der es allein keinen Ausweg mehr zu geben scheint.

Es gibt viele Ursachen für dieses Dilemma. Dazu gehört zweifelsfrei auch eine chaotische Ampelpolitik in Berlin und die Schwarz / Grüne Landesregierung.

Heute beschlossen, morgen revidiert oder relativiert, das geht jetzt schon seit vielen Monaten so. Nichts ist mehr planbar.

Allein die notwendige Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten und die damit verbundenen Pflichtzahlungen und Leistungen wie Kita- oder Schulplätze sprengen unseren Finanzspielraum nun schon seit Jahren.

Der politische Wasserkopf erdrückt uns Bürger durch eine nicht mehr nachvollziehbare Politik und damit das gemeine Volk immer mehr nach unten. Kommunen werden mit Pflichtaufgaben belastet, die schlichtweg nicht finanzierbar sind und dadurch Städte und Gemeinden in den Ruin treiben oder bereits getrieben haben.

Sozialleistungen, Unterbringung hilfsbedürftiger Menschen u.v.m. überschreiten bereits seit langem finanzielle Grenzen, die Witten ohne Hilfe von Bund und Land nicht mehr leisten kann.

Es wird oben entschieden und unten gezahlt. Koste es, was es wolle. Der Unmut ist überall fühlbar und leider auch bei den Protestwählern sichtbar.

Ausgaben

Ein Blick auf Wittens Transferleistungen zeigt ein Dilemma, in dem wir auf der Ausgabenseite stecken.

Als ein Beispiel der Kreis. Er bekommt aktuell aus Witten ca. 90 Mio. € Kreisumlage. Die Umlage wird bis 2027 auf stolze 106 Mio. € ansteigen

Wir finanzieren dadurch Projekte, die finanziell völlig aus dem Ruder laufen oder bereits gelaufen sind.

Am Beispiel des Gefahrenabwehrzentrums im Ennepe-Ruhr-Kreises sieht man deutlich was passiert, wenn Planungszeiträume und überdimensionierte Begehrlichkeiten die Baukosten von ursprünglich 35 Mio. € auf 120 Mio. € in die Höhe schießen lassen.

Beim bisher geplanten Neubau des Kreishauses mit geschätzten 250 Mio. € hat es in den letzten Wochen gottseidank einen Schwenk zur Vernunft gegeben. Die weiteren Planungen wurden gestoppt es wird nur noch das gemacht was nötig ist.

Sie, meine Damen und Herren, haben als gewählte Vertreter Wittens im Kreistag die Pflicht im Kreis unsere Interessen zu wahren und nicht hier in Witten vollmundig Reden, um in Schwelm ganz anders zu agieren. Langsam scheint das auch mal zu funktionieren. Siehe Antrag der Grünen zur Kreisumlage.

Wir in Witten haben weiterhin große Ausgabenprobleme.

Projekte werden auf Gedeih und Verderb begonnen und durchgepeitscht, egal was es uns aktuell kostet.

Es gibt Wunschprojekte, die nicht gefördert werden, also an uns hängen bleiben. Selbst wenn wir einen hohen Förderbetrag bekommen, sollten wir strenger prüfen, ob wir uns das alles zum jetzigen Zeitpunkt leisten können.

Verkehrswende

Natürlich müssen wir uns an der Verkehrswende aktiv beteiligen. Das heißt aber doch nicht, dass wir alles, was in Witten notwendig ist auf Radwegekonzepte fokussieren. Ja, wir brauchen ein gutes Radwegekonzept. Dieses Konzept muss aber mit den anderen Verkehrsnotwendigkeiten in Einklang gebracht werden

Demografische Fakten lassen sich nur bedingt retuschieren. Wir alle werden älter. Irgendwann können und werden auch die Damen und Herren nicht mehr auf dem Fahrrad sitzen können, die uns heute erzählen wollen, dass ÖPNV und Lastenfahrrad das Maß aller Dinge sind.

Wahllos platzierte Parkbügel für Fahrräder zeigen, mit welchem Aktionismus hier in Witten agiert wird. Allein auf der Pferdebachstraße wurden 106 solcher Bügel verbaut, die kaum jemand benutzt.

Wir haben nichts gegen derartige Parkhilfen. Aber bitte nur da, wo sie dringender gebraucht werden und nicht anstelle von einfachen Pollern zur Lachnummer werden. Siehe Gasstraße oder am ev. Friedhof Pferdebachstr.

Wir brauchen aber auch sichere, befahrbare Straßen. In dem Zusammenhang finde ich die Anfrage der SPD zum Straßenzustand recht amüsant. Die kaputten Straßen gibt es nicht erst seit wir einen CDU-Bürgermeister haben.

Die WBG hat immer wieder eine Aktualisierung der Prioritätenliste eingefordert.

In der Haushaltssituation in der wir uns befinden wird es uns niemals gelingen, auch nur ansatzweise unsere Straßen zu sanieren

Wir brauchen nicht nur eine Mobilitätskonzept Innenstadt das sich fast ausschließlich auf den Radverkehr und den ÖPNV fokussiert.

Wir brauchen schnellstens ein intelligentes Konzept, das auch den Erhalt der Kaufkraft in der Innenstadt sicherstellt.

Träume wie z. B. eine Untertunnelung der Hauptstraße bis in die Ruhrstraße oder der Brückentraum von Annen zeigen, wie weit manche von der aktuellen Realität entfernt sind.

Das gilt auch für ein Seilbahnprojekt, das bei vielen Bürgern nur ein Schmunzeln oder Kopfschütteln verursacht. Lassen Sie uns darüber reden, wenn Geld über ist.

Ein Masterplan Verkehr, der alle Bedürfnisse berücksichtigt wäre weitaus effektiver, als sich mit einem Mobilitätskonzept ausschließlich auf die Innenstadt zu konzentrieren. Es gibt nicht nur das Wiesenviertel oder den Breddegarten.

Es gibt auch die Meesmannstraße in Herbede, das Ortsteilzentrum in Annen oder die kleinen Zentren in den anderen Ortsteilen.

Baumaßnahmen

Wir haben 2023 im Baudezernat ca. 660 000 € für externe Gutachten ausgegeben. Hier stellt sich die Frage, was wir selber hätten leisten können und leisten müssen. Hochbezahlte Mitarbeiter haben wir genug

Die chaotischen Umstände die während und vor der Fertigstellung der Pferdebachstraße zu einer derartigen Kostenexplosion geführt haben, müssen lückenlos aufgearbeitet werden. An alle Planungsfehler einen Haken zu machen wäre zu einfach. Da gibt es noch eine Menge Klärungsbedarf.

Das kostet uns eine zweistellige Millionensumme, die wir nicht haben.

Sanierungsbedarf

Ähnlich sieht es am Rathaus aus. Ständig werden wir mit Situationen und Mehrkosten konfrontiert, die bei sorgfältigerer Vorbereitung sicher so nicht entstanden wären.

Man muss aber mit dem Geld was verfügbar ist kalkulierbarer umgehen. Diese Pannen hätten in einem solchen Ausmaß nicht passieren dürfen. PPP wurde immer wieder abgelehnt hätte aber zu kostensicheren Maßnahmen geführt.

Denken wir so weiter laufen wir beim Betriebsamt in eine ähnliche Kostenfalle. Bei dem, was nach heutigem Stand an Notwendigkeiten gefordert wird, ist jede Planung am jetzigen Standort absurd und das wissen Sie meine Damen und Herren.

Jeder, der seriös an eine solche Standortentscheidung herangeht sollte wissen, dass es bei der zu befürchtenden, unkalkulierbaren Bauzeit keine Möglichkeiten in Witten gibt, Personal und Fuhrpark auch nur ansatzweise ordentlich und arbeitsplatzwürdig unterzubringen.

Was uns da noch im Untergrund am jetzigen Standort erwartet, kann bisher von niemandem gesagt werden.

Dabei denke ich gerade an den Tank an der Pferdebachstraße. Davon will niemand gewusst haben. Dieses angebliche Nichtwissen hat uns mal eben zusätzliche 300 000 € gekostet.

Bei der Planung ist entscheidend, dass den Mitarbeitern des Betriebsamtes eine klare, arbeitsplatzsichernde Perspektive unter dem Dach der Stadt gegeben wird und endlich Ruhe in die zurzeit laufende, oft unsachliche Diskussion, gebracht wird.

Man sollte aber auch so ehrlich sein und akzeptieren, dass mittelfristig gerade beim Betriebsamt Einsatzzeiten des Fuhrparkes auf den Prüfstand müssen. Es ist nicht mehr zeitgemäß einen hochtechnisierten und teuren Fuhrpark täglich nur 6 – 8 Stunden einzusetzen und den Rest des Tages stehen die Fahrzeuge in der Halle. Das kann sich in der freien Wirtschaft niemand leisten.

Hier macht es Sinn für die Zukunft an einem intelligenten Einsatzzeitmodell zu arbeiten, das möglichst allen Beteiligten eine sichere Perspektive gibt.

Im Übrigen darf man nicht außer Acht lassen, dass auch die Räumlichkeiten der Berufsfeuerwehr einer dauerhaften Flickschusterei nicht standhalten werden.

Schon jetzt bewegen wir uns hier hinsichtlich vieler sicherheitsrelevanter Vorschriften in einem Grenzbereich.

Die Erweiterung des technischen Rathauses zeigt doch wie wichtig es ist, mit einem zuverlässigen Bauherrn zu planen. Viele städtische Projekte sind, wenn man in Eigenregie baut, nicht ohne unerwartete Mehrkosten lösbar.

Klare Vorgaben, ein seriöser Mietpreis und wie in diesem Fall eine superschnelle Fertigstellung zeigen, wie es funktionieren kann. Das Gebäude wurde bereits 3 Monate vor der ursprünglich geplanten Fertigstellung an die Stadt übergeben.

Wir müssen akzeptieren das die Stadt Witten nicht in der Lage ist selbst derartige Projekte anzugehen, geschweige denn fachlich zufriedenstellend zu begleiten.

Schule, Kitas, OGS

Der Sanierungsstau an unseren Schulen zeigt deutlich, wo hier schon seit langem unsere Grenzen liegen. Die Mängelliste füllt Aktenberge.

Für Schulsanierungen, Kitas oder OGS stehen uns geschätzte Kosten von 220 Mio. € innerhalb der nächsten 10 Jahre bevor.

Wir müssen uns leider wieder auf Klassengrößen von mehr als 30 Schülern einstellen, da Klassenräume fehlen. Wir sind nicht in der Lage, Schüler mit zeitgemäßem Unterrichtsmaterial auszustatten.

Hier lässt Pisa grüßen, wir stehen auch hier in der ersten Reihe. Leidtragende sind unsere Kinder durch ein jahrzehntelang sträflich vernachlässigtes Bildungssystem.

Der Vandalismus an Schulen und öffentlichen Gebäuden hat ein nicht mehr vertretbares Ausmaß angenommen. Da können wir kaum noch dagegenhalten.

Verwaltung und Außendarstellung

Es wurde schon häufig nachgefragt, wann und wie oft unsere 3 BM-Stellvertreter eingesetzt werden.

Es ist ehrenwert, wenn der BM die Notwendigkeit und den Einsatz der BM-Vertreter immer wieder versucht moderat zu rechtfertigen

Ich betrachte es allerdings als eine Unverschämtheit, wenn nicht sogar als einen Skandal, wenn keiner der 3 Vertreter kurzfristig in der Lage ist den Bürgermeister in unserer Partnerstadt Bitterfeld angemessen zu vertreten.

Es reicht nicht dieses Amt zu bekleiden, um die damit verbundenen gehörenden Aufwandsentschädigungen mit nach Hause nehmen. Da muss schon deutlich mehr kommen.

So kann man die Steuergelder der Bürger nicht herausschleudern.

Wir brauchen dringend ein professionelleres Handeln bei der Auswahl von Führungskräften.

Da bekommt z. B. ein hochbezahlter Bewerber den Zuschlag für eine Amtsleiterstelle. Diesen Job kann man eben nicht so nebenbei aus dem Home-Office abwickeln. Wie so etwas abläuft, müssen wir gerade schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen.

Auch diese Liste ist sicher noch erweiterbar.

Was wir dringend brauchen, sind verlässliche Einnahmen. Wir müssen Investitionswilligen solide Perspektiven bieten. Wir brauchen für alle Wittener Gewerbetreibenden eine spürbare Sicherheit und Planbarkeit, so dass es sich lohnt in Witten zu bleiben oder nach Witten zu kommen, um hier zu investieren.

Hierzu müssen wir mit dem Grundstückseigentum und Tafelsilber der Stadt sorgfältiger umgehen.

Wir können es uns nicht leisten durch Kaufpreinsnächlässe oder Mietkürzungen, auf dringend notwendige Einnahmen zu verzichten.

Wir haben nicht die Spielräume, Geschenke zu verteilen. Wir müssen sowohl bei Mieten als auch bei Grundstücksverkäufen marktübliche Preise erwirtschaften.

Der Bürger hat das Recht zu wissen, wie Politik und Verwaltung mit dem städtischen Vermögen umgehen. Hier erwarte ich von der Verwaltung auch gegenüber den gewählten Ratsmitgliedern größtmögliche Transparenz und keine Kungeleien in irgendwelchen Hinterzimmern.

Wir haben wenig freie Flächen für gewerbliche Neuansiedlungen. Wir müssen uns aber für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung auf den Weg machen, um in einem vertretbaren Maße Flächen neu auszuweisen.

Da wird sicher die ein oder andere Kröte zu schlucken sein. Ein grundsätzliches Nein wie es die Linken hier regelmäßig aufrufen, bringt uns nicht weiter.

Bei möglichen Flächen, wie zum Beispiel der Thyssendeponie, hängen wir seit unendlich vielen Jahren (es sind mehr als 19 Jahre) am Begehrlichkeitstropf der jetzigen Besitzer.

Der Kreis muss endlich deutlich machen, dass diese spekulative Verweigerung so nicht mehr tragbar ist. Hier schlummern ca. 8 – 9 ha möglicher Gewerbefläche nur weil immer noch um die Rendite aus dem zu erwartenden Einbauvolumen gepokert wird.

Es gibt aber auch noch andere Flächen wie zum Beispiel die Halde in Annen. Die Stadt hat hier vor Jahren 150 000 € ausgegeben, um das Gelände für DRAKO vorzubereiten. DRACO ist nach Dortmund abgewandert, das Gelände verwildert wieder in einen Zustand wie vor der Rodung und passiert ist nix.

Hier könnte endlich dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden. Bei geschickter Planung sind hier zwischen 60 und 80 Wohneinheiten vorstellbar. Konzeptentwürfe wurden dem Baurat schon vor langer Zeit vorgestellt.

Sicherheit und Ordnung

Im Bereich Sicherheit und Ordnung hat sich einiges deutlich verbessert. Zufriedenstellend ist es aber noch lange nicht, da ist noch Luft nach oben.

Der gesamte ruhende Verkehr mit dem dazugehörigen Parkvandalismus ist eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle der Stadt.

Die Vermüllung in unserer Stadt schreit zum Himmel. Egal wo, überall Dreck, Schrott, Hundekot. Wer weiß was sonst noch überall in Parkanlagen, auf Spielflächen, Schulhöfen oder Straßenrändern vergessen wird. Ekelhaft und abschreckend nicht nur für die Menschen, die zu Besuch in unsere Stadt kommen.

Wir werben mit den Vorzügen Wittens, sind aber nicht in der Lage die augenscheinlichen Missstände abzustellen und gegenzusteuern. Viele Ziele, die wir uns bis zur IGA 2027 gesteckt haben, werden wir nicht erreichen. Unsere Stadt wird sich dabei an vielen Stellen blamieren.

Steuereinnahmen

Es reicht zum Beispiel nicht, die Hundesteuern um weitere 42 € anheben zu wollen, damit wir mehr Einnahmen ohne jegliche Gegenleistung generieren können. Da sollte es möglich sein, etwas zum Wohle der Hundebesitzer und Bürger zurückzugeben.

Um weitere Einnahmen zu generieren wird bereits jetzt, bevor die Grundsteuer in NRW neu geregelt werden soll, mit einer Anhebung von 910 auf 1190 Punkte zu spekulieren ist dem Bürger nicht mehr erklärbar.

Es wird dazu führen, dass sich jeder der in Witten leben und wohnen will reiflich überlegen wird, ob sich das lohnt hier zu bauen oder zu investieren.

Es wäre, anders als vom Kämmerer angesetzt, besser nicht noch mehr an der Steuer- und Gebührenschaube nach oben zu drehen, sondern Angebote schaffen, die den Zuzug von Privaten und Unternehmen attraktiv macht in Witten zu investieren. An dieser Stelle macht es Sinn, über eine Senkung von Grund- und Gewerbesteuer nachzudenken.

Wir sollten den Mut haben an dieser Stelle unternehmerisch zu denken und in Vorleistung zu gehen, statt immer wieder abzuschrecken.

Der gebeutelte Bürger kann für seine Wählerstimme mehr erwarten. Viele Bürger haben sich von der neuen Stadtspitze mehr erhofft, als jetzt zu sehen und zu spüren ist.

Es sind oft die Kleinigkeiten, die dazu führen ein gutes Gefühl mit einer Wahlentscheidung getroffen zu haben.

Die Tatsache, dass Verwaltung und Politik in Witten immer noch nicht an einem Strang ziehen zeigt, dass Ihnen Herr Bürgermeister, noch viel Arbeit ins Haus steht, sofern Sie die Absicht haben sich wieder zur Wahl zu stellen.

Viele Teile dieser Verwaltung haben immer noch nicht erkannt oder akzeptiert, dass wir nicht mehr in einer Zeit leben, in dem Klüngel und Vetternwirtschaft die Wittener Kommunalpolitik geprägt haben. Unter dieser Erblast haben wir alle heute noch immer noch zu leiden.

Wenn wir sehen, dass schon jetzt die Säbel für die nächste Kommunalwahl geschliffen werden kann ich nur sagen, dass viele den Ernst unserer gegenwärtigen Situation nicht erkannt haben.

Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde und nicht schon jetzt auf breiter Front in Stellung zu gehen.

Niemand, egal welcher Partei oder Wählervereinigung er angehört, wird für sich den perfekten Bürgermeisterkandidaten finden.

Die WBG wird sich auch künftig keiner politischen Richtung anschließen, die nur darauf bedacht ist, die Macht in dieser Stadt zu behalten oder wieder zu erlangen.

Zielorientierte Politik im Sinne der mündigen Bürger ist das, wofür wir stehen und was wir vertreten. Nur so haben wir eine Chance, den immer wieder aufkeimenden Extremen von rechts oder links klar und unmissverständlich entgegenzutreten.

Abschließend noch einen Dank an alle, die an diesem Haushaltsplan aktiv mitgearbeitet haben.

Die Fraktion der WBG hat sich, wie bereits im letzten Jahr, nach kontroverser Diskussion wieder dazu entschlossen, dem vorliegenden Haushalt **nicht** zuzustimmen.

Dieses Nein ist nicht gegen den amtierenden Bürgermeister gerichtet.

Es soll ein klares Zeichen dafür sein das es so in Witten nicht weiter gehen kann.

Andere Städte sollten auch mit einem klaren Nein zeigen, dass es so nicht weiter geht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit